

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Förderung der Erforschung und Behandlung von Long-COVID auf Impfnebenwirkungen ausdehnen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich mit dem Institut Long Covid GmbH darüber zu verständigen, die Tätigkeit des Instituts neben der Long-COVID-Erkrankung auch auf die Erforschung von Impfnebenwirkungen infolge von COVID-19-Impfungen auszuweiten und hierzu finanzielle Mittel in Höhe von 353.200 Euro bereitzustellen und
2. sich mit UMG und UMR darüber zu verständigen, dass parallel zur Forschung und Behandlung von Post- und Long-Covid-Erkrankungen ebenso die Folgen von Impfnebenwirkungen erforscht und behandelt werden, wofür Mittel in Höhe von 2.492.500 Euro bereitzustellen sind.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat auf seiner Sitzung am 09.11.2022 beschlossen, für die Errichtung eines Instituts für Long-COVID aus dem MV-Schutzfonds 353.200 Euro bereitzustellen. Für die Finanzierung der Post- und Long-COVID Versorgung und Forschung an UMG und UMR werden 2.492.500 Euro aus dem MV-Schutzfonds fließen. Neben der

Post- und Long-COVID-Erkrankung muss ebenso eine ergebnisoffene Forschung in Bezug auf langfristige Impfnebenwirkungen in Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht werden. Allein im Jahr 2021 soll es laut der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) rund 2,5 Mio. Impfnebenwirkungen gegeben haben. Hinzu kommen mehrere hundert Klagen wegen schwerer Impfnebenwirkungen gegen diverse Pharma-Konzerne wie Astrazeneca, Biontech und Johnson & Johnson. Die daraus resultierende und immer wiederkehrende kontroverse Debatte in der Öffentlichkeit über schwere Nebenwirkungen durch die angebotenen Corona-Impfstoffe, machen diesen Schritt notwendig.

Daneben soll auch die Behandlung von Impfnebenwirkungen sichergestellt werden. Hierzu sollen an UMG und UMR – parallel zur Behandlung von Long-COVID – die notwendigen finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden.